



Passagierkontrolle

FLUGHÄFEN

Berlin soll für Ausstände zahlen

Der Streik von mehreren hundert Sicherheitskräften an den Flughäfen Köln und Düsseldorf Ende vergangener Woche könnte die Bundesregierung teuer zu stehen kommen. Sie ist an dem Tarifkonflikt zwischen Wachfirmen und der Gewerkschaft Ver.di zwar nicht direkt beteiligt. Der Chef des Köln-Bonner Flughafens Michael Garvens erwägt dennoch, Bundesinnenminister Hans-

Mindestlöhne
im Wach- und Sicherheitsgewerbe,
in Euro pro Stunde Quelle: WSI-Tarifarchiv

Baden-Württemberg	8,90
Bayern	8,42
Nordrhein-Westfalen	8,23
Hessen	7,76
übrige Bundesländer	7,50

seit
Januar
2013
▼

Peter Friedrich wegen Amtspflichtverletzung auf Schadensersatz zu verklagen. Grund: Die Bundespolizei, die dem Ministerium unterstellt ist, habe nicht rechtzeitig Ersatzpersonal beschafft. Garvens und seine Berater wollen sich unter anderem auf Paragraph 5 des Luftsicherheitsgesetzes berufen. Danach trägt der Bund die Verantwortung für die Kontrolle von Flugreisenden und

EUROPÄISCHE UNION

Elektroautos werden ausgebremst

Die Europäische Kommission will dem Elektroauto zum Durchbruch verhelfen – das zumindest behauptet sie. Ziel ist es, den Ausstoß von Treibhausgasen im Verkehr deutlich zu verringern. Deshalb sollen mehr Ladestationen und ein einheitlicher Stecker in Europa eingeführt werden. An anderer Stelle aber behindert die Kommis-

sion das Projekt. Im Entwurf für neue Abgasvorschriften von 2015 bis 2020 fordert sie, dass Autohersteller die CO₂-Emissionen durchschnittlich auf 95 Gramm pro Kilometer senken, was einem Verbrauch von 4,1 Liter Benzin auf 100 Kilometer entspricht. Beim Berechnen des Durchschnitts sollen die Hersteller ihre Elektroautos, die kein CO₂ emittieren, etwas stärker berücksichtigen dürfen. Diese können mit dem Faktor 1,3 multipliziert werden. Viel zu wenig, kritisieren die deutschen Hersteller. In den USA dürfen Elektroautos beim Berechnen des Flottenverbrauchs ab 2016 doppelt berück-

sichtigt werden. Wenn die EU die Elektro-Mobilität voranbringen wolle, müsste sie den Herstellern vergleichbare „Super-Credits“ gewähren, wie die Multiplikatoren in der Branche heißen. Im Gegensatz zu Kaufprämien von mehreren Tausend Euro, mit denen einzelne Länder den Absatz von Elektroautos unterstützen, würde dies den Steuerzahler kein Geld kosten.

1,3%

der Neuwagen waren 2012 mit alternativem Antrieb ausgestattet, darunter

21 438 mit Hybrid und **2956** mit Elektro.

